

## SHORT NEWS

**Der „Reenert“ darf nicht ruhen**

(nw) - Bei der Jägerschaft in Luxemburg brodeln es weiter. Am Montag riefen die Grünröcke kurzerhand eine Pressekonferenz ein, um wieder einmal auf die vom Fuchsbandwurm ausgehenden Gefahren hinzuweisen - und damit darauf, dass das Verbot der Fuchsjagd gegen das Vorsorgeprinzip verstoße. Unterstützung in ihrem Kampf gegen das Umweltministerium finden die Jäger bei zehn weiteren Verbänden. Der Regierung wird vorgeworfen, sie sage die Unwahrheit und spiele die Gefährlichkeit der Krankheit herunter. Camille Gira, Staatssekretär im Umweltministerium, verwahrte sich gegen die Anschuldigungen und forderte die Fédération St Hubert auf, ihre Panikmache zu beenden. Die Jäger und ihre Unterstützer hatten sich auffallend schlecht auf ihre Pressekonferenz vorbereitet. So wurde zum Beispiel behauptet, Füchse seien potenzielle Träger der gefährlichen afrikanischen Schweinepest, was nicht zutrifft. Nicht zielführend war auch der NZZ-Artikel zum Fuchsbandwurm in der Schweiz, den die Jäger dem Pressedossier beigelegt hatten. Denn in diesem Aufsatz wird dargelegt, dass hohe Abschussraten nicht helfen, da der Fuchs diese mit vermehrter Fortpflanzung kompensiert. Einziges Hilfsmittel sei regelmäßiges Entwurmen der ebenfalls davon befallenen Hunde.

**Bio-Produktion: Stillstand ist Rückschritt**

(mr) - Das Angebot von Bioprodukten in Luxemburg hinkt der Nachfrage seit Jahren hinterher. Nur 3,21% der landwirtschaftlichen Fläche sind 2014 biologisch bewirtschaftet worden, musste Landwirtschaftsminister Fernand Etgen anlässlich einer Pressekonferenz eingestehen. Gegenüber 3,24% im Vorjahr ist damit sogar ein Rückgang von 0,03% zu verzeichnen. Zugleich stagniert die Anzahl der Bio-Betriebe bei einem niedrigen Wert von 119 Produzenten. Höhere Prämien sollen die Biowirtschaft nun attraktiver machen, denn bisher sei der Unterschied zu den Prämien für die konventionelle Landwirtschaft nicht bedeutend genug gewesen, so der Minister. Es soll also zum Beispiel der Zuschuss für den Anbau von Biogemüse von 450 auf 600 Euro pro Hektar angehoben werden. Allerdings bekräftigte Etgen, dass Geldzuschüsse allein nicht ausreichen, um einen Anreiz für die Umstellung zu schaffen. Den Betrieben müsse auch die hinter der Bio-Produktion steckende „Ideologie“ vermittelt werden. Aus diesem Grund will das Landwirtschaftsministerium, wie bereits in den Vorjahren, mit Hilfe von mehr oder weniger gleichgebliebenen Broschüren und Veranstaltungen Überzeugungsarbeit bei den Landwirten leisten. Immerhin habe man es mit diesen Maßnahmen in den letzten sechs Jahren geschafft, weitere 21 Produzenten für die Bio-Schiene zu begeistern.

**Bunte Wahlstudie**

(rg) - Am kommenden Montag soll ab 14 Uhr nun endlich der detaillierte Bericht zur bereits am Donnerstag vergangener Woche vorgestellten Wahlstudie 2013-2014 auf „chaireparlementaire.eu“ veröffentlicht werden. Unter der Leitung von Philippe Poirier beschäftigte sich der gemeinsam von Chamber und Uni.lu unterhaltene Lehrstuhl mit den Wahlergebnissen der im Oktober 2013 stattgefundenen Landeswahlen und den darauffolgenden Europawahlen. Die Chamberwahlen hätten in einem angespannten politischen Klima stattgefunden, bemerkte Poirier. Verwunderlich allerdings, dass die Ursache für dieses Klima - die Srel-Affäre - nicht ausschlaggebend für das Wahlverhalten gewesen sein soll. Dauerrenner wie Arbeitslosigkeit standen bei den WählerInnen eher im Fokus. Ein Drittel der wahlberechtigten BürgerInnen sollen laut der im Rahmen der Studie unternommenen Umfragen ihre endgültige Entscheidung erst eine Woche vor der Wahl gefällt haben - davon gar 17 Prozent erst am Tag der Wahlen selbst - „sozusagen im Auto“, wie Poirier betonte. Dass sie eine parlamentarische Mehrheit erringen konnten, verdanken die Liberalen, Sozialisten und Grünen den vielen WechselwählerInnen, die das ihnen neue politische Personal nicht so richtig einschätzen konnten und deshalb im Vergleich zu früheren Wahlen verstärkt Listenstimmen abgaben. Im Katalog der Studie findet sich auch eine Frage zum Ausländerwahlrecht: Ironischerweise würde vor allem die CSV von einer Ausweitung profitieren.

## AKTUELL

OMBUDSFRAU

# Das Recht sich zu beschweren

Maximilian Richard

**Anlässlich der Vorstellung ihres dritten Jahresberichts zog Lydie Err eine ernüchternde Bilanz und machte sich für eine bessere Kommunikation zwischen Verwaltungen und Bürgern stark.**

„Seit der Gründung der Institution Ombudsman wurden lediglich die Hälfte der fünfzig an die Regierung eingereichten Empfehlungen umgesetzt“, bilanzierte Lydie Err und nannte einige konkrete Beispiele. Besonders am Herzen liegt der ehemaligen LSAP-Mandatsträgerin eine Empfehlung, die auf die Verkürzung der Verjährungsfrist von 30 auf 10 Jahren abzielt. „Nach mehr als fünf bis zehn Jahren kann niemand mehr beweisen, was wirklich in der Vergangenheit vorgefallen ist“, betonte die Ombudsfrau später in einem Interview. Bereits ihr Vorgänger Marc Fischbach hatte diese Empfehlung dem damaligen Justizminister François Biltgen vorgelegt, der sich auch positiv dazu äußerte.

Die Mediatorin wirft den Zuständigen vor, dass sie es meistens unterlässt, zu den Empfehlungen Stellung zu nehmen. Unter anderem aus diesem Grund setzt die Ombudsfrau sich für eine Reform der gesetzlichen Basis ihres Postens ein. Die Regierung sollte dazu verpflichtet werden, binnen drei Monaten auf die Empfehlungen zu reagieren. Auch für eine Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der Institution machte die Mediatorin sich zum wiederholten Mal stark. Neben öffentlichen Verwaltungen sollten auch öffentliche Dienstleistungsbetriebe, wie Schulen und Krankenhäuser, einer externen Kontrolle unterworfen werden. Am weitesten geht Errs Forderung, ihren Posten in der neuen Verfassung zu verankern. Das Recht auf kostenlose Beschwerden ist ihrer Überzeugung nach ein Menschenrecht und müsse auch als solches in der Verfassung zementiert werden.

Auch stellte die Mediatorin fest, dass viele Bürger sich noch immer nicht über ihren Aufgabenbereich im Klaren sind. Ursache dafür sei unter anderem, dass der Titel nicht geschützt ist und es keine geregelte Qualifikation gibt. „Médiateur“ könne jeder heißen. Der städtische Angestellte, dessen Aufgabe es ist, die Bürger über die verschiedenen Baustellen

in der Hauptstadt zu informieren, führe zum Beispiel die Bezeichnung „Médiateur de la ville“. Ohne einen gesetzlichen Schutz ihres Berufsstandes würden die an der Luxemburger Universität eingeschriebenen Mediations-Studenten einer sehr ungewissen beruflichen Zukunft entgegensichten.

**Kommunikation stärken**

689 Beschwerden gingen 2014 beim Büro des Ombudsman ein; gegenüber dem Vorjahr mit 707 Eingaben hat also fast keine Veränderung stattgefunden. Insgesamt konnten 535 Dossiers abgeschlossen werden, wobei es in 143 Fällen zu einer vollständigen Aufhebung des angefochtenen Bescheids kam. Besonders im Bereich der durch die Gemeinden ausgehändigten Baugenehmigungen sei der „taux de correction“ von 80% auf 50% geschrumpft. Err spricht sich in diesem Zusammenhang für eine bessere Kommunikation zwischen Gemeinden und Bürgern aus. Die Gemeinden hätten oft Probleme damit, den Betroffenen zu erklären, warum sie ihre Ansprüche nicht geltend machen können. So gingen viele Beschwerden bei der Ombudsstelle ein, die keine Chance auf Erfolg haben.

„Es gibt aber auch Fälle, in denen die Antwort der Verwaltung nach dem Gesetz berechtigt ist, das dadurch entstehende Resultat aber einfach nur dramatisch und inakzeptabel ist“, erklärte Err. In solchen Fällen könne der „Médiateur“ unter Berufung auf das „principe d'équité“ (Billigkeitsprinzip) eine Einzelfalllösung vorschlagen. Viermal habe sich die Ombudsstelle seit ihrer Gründung für eine solche Lösung ausgesprochen, allerdings sei sie jedes Mal verweigert worden - meist mit der Begründung, dass man keinen Präzedenzfall schaffen wolle. Dies zeige, dass viele Verwaltungen nicht genug über die Anwendungsbedingungen eines solchen Billigkeitsprinzips informiert sind. Laut Err kann nämlich diese Norm, die ohnehin nur in absoluten Ausnahmesituationen angewendet werden darf, ihrer Natur nach „nie zu einem Präzedenzfall führen“. Es sei wichtig, den Verwaltungen diesen Sachverhalt zu erklären, damit das Billigkeitsprinzip kein „nutzloses Werkzeug“ bleibt.